

Vernehmlassungsantwort

Thema	Organisationsgesetz (OrG) (Änderung)
Für Rückfragen	Hannes Zaugg-Graf (Grossrat), Tel. 079 632 76 42
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3001 Bern E-Mail: be@grunliberale.ch , www.be.grunliberale.ch
Datum	22. November 2018

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrte Regierungsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur geplanten Regierungsreform und der damit zusammenhängenden Teilrevision des Organisationsgesetzes Stellung zu nehmen. Mit Spannung haben wir Vortrag und Bericht gelesen und uns mit den Plänen der Regierung intensiv beschäftigt.

Grundsätzlich können wir etliche der Überlegungen nachvollziehen, welche in den Unterlagen die Sicht des Regierungsrats widerspiegeln. Insbesondere die Argumente, welche gegen eine Trennung der GEF sprechen, scheinen auf den ersten Blick plausibel. Nach langer Kritik an der GEF ist es interessant zu hören, dass die Führung einer so grossen Direktion offenbar trotzdem machbar ist. Die glp stellt sich allerdings die Frage, wie es aussieht, wenn an der Spitze der Direktion nicht eine Person stehen würde, die durch ihre frühere Tätigkeit ein grosses Vorwissen in etlichen Sachbereichen aufweist. Wir werden deshalb den Verdacht nicht gänzlich los, dass die vorgeschlagene Aufgabenaufteilung nicht zumindest einen Anteil an personenbezogener Lösung aufweist. Man könnte vermutlich genau so stringent argumentieren, die Bereiche Infrastruktur/Bau seien zu stark mit Energie und Umwelt verknüpft und deshalb nicht zu trennen.

Die glp sieht die Vorteile einer Verschiebung der Aufgabenverteilung von der gesetzlichen Ebene auf die Verordnungsstufe und kann diese mit Vorbehalt unterstützen. Da es sich aber bei der Aufgabenverteilung aus Sicht der Grünliberalen um einen wichtigen Teil der nach aussen sichtbaren Tätigkeit des Kantons handelt, steht zu befürchten, dass dies zahlreiche parlamentarische Vorstösse nach sich ziehen wird. Es darf zudem unter keinen Umständen dazu führen, dass es alle paar Jahre zu Verschiebungen und Wechseln kommt.

Wir fordern deshalb wie in den Kantonen Genf und Wallis einen gesetzlichen Genehmigungsvorbehalt durch das Parlament, da ja im Kanton Bern eine Parlamentsverordnung nicht vorgesehen ist.

Etliche Male ist in den Papieren davon die Rede, die Kompetenzen und Verantwortung der Regierung in Einklang zu bringen. Der glp fehlt in diesem Zusammenhang das explizite Auflisten von Aufgaben, die nicht gesetzlich gegeben sind. Der Regierungsrat bestimmt die Ziele des staatlichen Handelns. Er macht dies mittels der alle vier Jahre veröffentlichten Richtlinien. Darüber hinaus besteht gemäss vergangener Aussagen von Regierungsmitgliedern weder Zeit noch Musse, sich mit längerfristigen

Fragen zu befassen. Uns fehlt das viel zitierte «prévoir», das gute Regierungsarbeit auszeichnet. Der Fokus der Regierungsreform ist im Moment aus Sicht der glp zu stark auf das Verschieben von Arbeiten, das korrekte Bezeichnen der Direktionen und vor allem die Möglichkeit der Kompetenzverschiebung vom Grossen Rat zum Regierungsrat. Also eine Optimierung der Aufgabe der wirkungsvollen Verwaltungstätigkeit. Dagegen hat die glp mit Sicherheit nichts, wenn das Ziel die Entlastung der Mitglieder des Regierungsrats von den Tagesgeschäften ist. Dies, um die langfristig nötigen Gesamtstrategien und damit verbundenen Massnahmen und Umsetzungen gemeinsam als Gremium anzugehen. Davon ist bei der Vorlage leider aus der Sicht der glp kaum etwas zu spüren. Im Gegenteil, bei der Abhandlung der Motion Schnegg wird sogar explizit erwähnt, dass der Regierungsrat eine Prüfung und Abstimmung der vorliegenden Strategien nur dann angeht, falls der Grosse Rat die Anpassungen des Organisationsgesetzes im Sinne des Regierungsrats verabschiedet. Dies, obschon er bereits jetzt über die nötigen Instrumente verfügt, wie er im Vorbericht schreibt. Die glp wird diesem Aspekt einer Regierungsreform auch in Zukunft nötigenfalls mit entsprechenden Vorstössen grosses Gewicht beimessen.

Auch wenn es nur ein Detail ist: Die neue Bezeichnung für die GEF mit Gesundheits- und Integrationsdirektion finden wir unglücklich. Das Wort Integration wird im normalen Sprachgebrauch nicht in diesem umfassenden Sinn benutzt, selbst wenn das Ziel der Sozialhilfe eine Integration darstellt. Konsequenterweise müsste dann das Sozialamt in Integrationsamt umbenannt werden. Wir erachten es aber als einfacher, die Direktion als Gesundheits- und Sozialdirektion zu bezeichnen, auch wenn daraus das Kürzel von GSD weniger einprägsam wird. Aber die DIJ ist ja auch nicht gerade eine Abkürzung für berndeutsche Zungen. Alternativ bietet sich auch Sozial- und Gesundheitsdirektion mit dem Kürzel SOG an, wobei dies im Rat allenfalls zu Kalauern führen könnte und das wollen wir ja nicht.

Den Zeitplan für die Umsetzung der Direktionsreform erachten wir als äusserst sportlich. Selbst wenn der Grosse Rat die Vorlage in der Junisession 2019 vollkommen im Sinne Regierung verabschieden sollte, können wir uns nur schwer vorstellen, wie ein grosser Teil der Umsetzung in einem unbernischen Tempo von sechs Monaten erfolgen soll. Aber wir lassen uns gerne überraschen.

Wir hoffen, dass die geplante Reform zu einer Entlastung der Regierung führt und damit die Forderungen nach Visionen, Gesamtstrategien und langfristigen Massnahmenplänen ebenso rasch angegangen werden, wie die vorgesehene Umsetzung dieser Vorlage. Wir wünschen uns für den Kanton nicht einen Re(a)gierungsrat, der in sieben abgeschotteten Mikrokosmen seine Tagesgeschäfte verwaltet, sondern ein Gremium weitsichtiger Führungspersonen, welches im Sinne eines Verwaltungsrates die zusammenhängenden Strategien des Gemischtwarenladens namens «Staat Bern» erarbeitet und langfristige Ziele anstrebt. Wir wissen aber auch, dass dies neben der Führung der Verwaltung und dem Abhandeln von Vorstössen aus dem Parlament eine schwierige Aufgabe ist. Die glp ist aber bereit, diesen Weg gemeinsam mit der Regierung zu gehen und dazu nötige Mittel und Werkzeuge zur Verfügung zu stellen.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse



Hannes Zaugg-Graf
i.A. der glp Kanton Bern



Casimir von Arx
Präsident Grünliberale Kanton Bern